

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
13. August 2021

Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali



Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaft
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besetzung, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechts-widrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens

Freitag 09. Juli 2021, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Die Vertreibungen palästinensischer Familien aus Jerusalem gehen ungehindert weiter

Lesen sie weiter auf der Rückseite >>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997, also vor mehr als 20 Jahren, vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern an jedem 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr für einen gerechten Frieden in Israel/ Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Veranstaltungen und Hinweise

Samstag, 31. Juli 2021 / 11.00 - 13.00 Uhr
Ballsaal, Brunngasse 70, 3011 Bern
DABKE WORKSHOP MIT HANNA TAMS, PS

Information und Anmeldung bis 24.7.:
mirjam@acces-a-la-danse.com
+41 (0) 79 717 58 60

Donnerstag, 5. August 2021 / 19.00 Uhr
Via Zoom
Leben und Arbeiten unter Besetzung
Vortrag von Bettina Marx* mit anschl. Diskussion
Veranstaltet durch: Arbeitskreis Nahost Bremen
Anmeldung bis 31.7. an: dr.griesche@gmx.de

*Seit 2015 Leiterin des Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah

Regelmässige Hinweise/Links:

Berner Mahnwache -> www.nahostinfo.ch
Netzwerk -> www.swiss-palestine-network.ch



- Seit 1967 beinhaltet die Politik Israels und dafür verabschiedete Gesetze die systematische Annektierung palästinensischen Grundbesitzes, die willkürliche Ablehnung von Baugesuchen, die Anwendung des «Absentee Property Laws» (Gesetz zum Eigentum Abwesender) und die Deklaration eines Teils Ost-Jerusalem als Nationalparks. All dies mit dem Ziel palästinensischen Familien ein Verbleiben in Ost-Jerusalem zu verunmöglichen.
- Ergo besitzen laut UNO-Berichten mindestens ein Drittel der palästinensischen Häuser in Ost-Jerusalem keine Baugenehmigung. Es sind über 100.000 PalästinenserInnen betroffen.
- Nur 13% Ost-Jeruselems, von denen ein grosser Teil bereits bebaut ist, sind für palästinensische Familien vorgesehen.
- Andererseits sind rund 35% Ost-Jeruselems für israelische Siedlungen reserviert, welche nach internationalem Recht als illegal eingestuft werden

Hauszerstörungen und Vertreibungen aus Ost-Jerusalem sind an der Tagesordnung

Die Uhr tickt für etwa 100 palästinensische Familien im besetzten Ost-Jerusalem Stadtteil Silwan. Sie werden vor eine unmögliche Entscheidung gestellt: entweder sie reissen ihre Häuser eigenhändig ab oder warten auf die israelischen Streitkräfte, die den Abriss durchführen. So oder so müssen sie die Kosten der Hauszerstörungen vollumfänglich selbst übernehmen.

Dies ist ein Schicksal, gegen das die Familien im al-Bustan-Viertel von Silwan seit Jahren unermüdlich kämpfen. Gegen Ende Juni spitzte sich die Lage wieder zu. Anfang des Monats erliess Israel eine Reihe von Abrissbefehlen, die den Familien in al-Bustan 21 Tage Zeit gaben, ihre Häuser zu evakuieren und sie abzureissen.

Die israelische Regierung hat die Familien in diesem Quartier seit über einem Jahrzehnt mit Abrissbefehlen ins Visier genommen, unter dem Vorwand, dass ihre Häuser ohne eine Genehmigung der Jerusalemer Stadtverwaltung gebaut wurden.

Im Gegenzug hat die Stadtverwaltung versucht, Pläne von Siedlerorganisationen voranzutreiben, das Gebiet von al-Bustan in einen biblischen Park zu verwandeln und es mit dem archäologischen Park "Stadt Davids" zu verbinden.

Israels restriktives Planungsregime in den palästinensischen Vierteln der Stadt, gepaart mit der Tatsache, dass die Stadtverwaltung die Mehrheit der palästinensischen Anträge auf Baugenehmigungen grundlos ablehnt, verunmöglicht den palästinensischen Familien in Ost-Jerusalem Häuser legal zu bauen. Vielen PalästinenserInnen droht ein weiteres Mal vertrieben zu werden.

Alleine im 2020, inmitten der Coronavirus-Pandemie, wurden mehr als 175 palästinensische Gebäude in Ost-Jerusalem von israelischen Kräften abgerissen oder beschlagnahmt, weil sie keine Baugenehmigung hatten.

Während die Expansion von israelischen Siedlungen in Ost-Jerusalem und dem Westjordanland in rasantem Tempo vorangetrieben wird, werden den PalästinenserInnen mehr und mehr die Existenzgrundlagen – in Verletzung des Völkerrechtes - entzogen.

Wir rufen die internationale Gemeinschaft und die Schweiz auf, gegen diese Verletzungen internationalen Rechts zu protestieren und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.